

Wissenschaftspolitik

Wende zur Nachhaltigkeit

Warum wir mehr Forschung für die Menschen mit den Menschen brauchen

Wenn Deutschland nachhaltig werden will, muss auch die Forschung nachhaltig werden. Es wird Zeit, dass sich Bürgerinnen und Bürger hier einmischen und gemeinsam mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine neue Politik machen: für eine Forschung, die die Gesellschaft mitgestaltet und die ihr auch zugutekommt. ■ VON KAI NIEBERT, NATURFREUNDE DEUTSCHLAND, DNR

Man stelle sich einmal folgende Situation vor: Bürgerinnen und Bürger zwingen ihre Regierung zum Atomausstieg. Nach langem Drängen beugt diese sich dem Druck und beschließt, die Meiler abzuschalten. Gleichzeitig fördert sie aber – gemeinsam mit der EU – mit Milliardenbeiträgen die Atomforschung. Um eine nachhaltige Mobilität zu organisieren, steckt dieselbe Regierung mehrere Millionen Euro in die Entwicklung zur Umrüstung von Porsche-Sportwagen auf Elektromotoren. Das Ziel: „ein Spurtvermögen von 5,5 Sekunden für den Sprint von 0 auf 100, und eine Höchstgeschwindigkeit von 200 Stundenkilometern“. Man kommt voran, treibt dadurch jedoch immer mehr Autos auf die Straße und CO₂ in die Luft – der Strom muss ja schließlich irgendwoher kommen und die Kohleverstromung hat im vergangenen Jahr einen historischen Höchststand erreicht. Das Gegenteil von Nachhaltigkeit tritt ein.

Öffentliches Geld für öffentliche Güter

Theoretisch geht in der Demokratie die Macht vom Volke aus. In Wirklichkeit jedoch haben die Abgeordneten im Forschungsausschuss viel weniger Gestaltungsmacht als das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit seinen häufig wirtschaftsnahen Kommissionen. Ökonomisch starke Partner der Automobilindustrie, der chemischen Industrie oder auch der großen Energieversorger stellen sich der Regierung als unverzichtbare Experten für Innovation zur Verfügung. Statt einer möglichst großen Vielfalt an Lösungswegen, die zu gesellschaftlich robusten und nachhaltigen Zukunftswegen

führen, orientieren sich die dort entworfenen Programme eher am Individualinteresse von Unternehmen.

Forschungspolitik aus öffentlichen Steuergeldern muss jedoch dem Gemeinwohl dienen. Schon im Sommer 2012 forderten deshalb Wissenschaft und Verbände von der Europäischen Kommission: „Forschung, die dazu beiträgt, dass Europa ein friedlicher Ort mit gesunder Umwelt wird, muss einen höheren Stellenwert gegenüber der Forschung bekommen, die vor allem auf marktfähige Produkte abzielt.“

Wenn ein nachhaltiges Deutschland in Europa entstehen soll, hat das nicht nur umfangreiche Implikationen für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Auch die Art, wie und worüber geforscht wird, wird sich ändern müssen: Um Nachhaltigkeit zu erreichen, braucht es nicht nur Forschung über die Gesellschaft, sondern vor allem mit der Gesellschaft. Das bedeutet dann auch, dass die Zivilgesellschaft mitbestimmen dürfen muss, wie sich Forschung wohin entwickelt.

Fachliche Exzellenz und gesellschaftliche Kompetenz

Wer Wissen für Nachhaltigkeit erwerben will, braucht Wissen, das sich nicht nur an historisch gewachsenen Disziplinen wie der Physik, der Soziologie oder der Biochemie orientiert, sondern eine Wissenschaft, die Probleme der Gesellschaft analysiert und Lösungsvorschläge macht. Notwendig ist eine problembezogene Kooperation zwischen den Wissenschaften – Interdisziplinarität – und eine Kooperation mit Akteuren außerhalb der Wissenschaft – Transdisziplinarität. Dafür müssen über viele Jahrzehnte

gewachsene Strukturen von Fördersystemen, Reputations- und Ausbildungssystemen verändert werden.

Viele gesellschaftliche Entwicklungen seit Beginn der Industrialisierung waren technologisch getrieben. Bei den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wie dem Klimawandel, der Bevölkerungsentwicklung, der Ressourcennutzung und dem Biodiversitätsverlust wird dagegen deutlich, dass sich Lösungsbeiträge nicht mehr nur durch technologische Fortschritte, sondern nur durch umfassende soziale und institutionelle Innovationen erreichen lassen: Nicht das Elektroauto wird den Klimawandel bremsen, sondern veränderte Mobilitätsstrukturen.

Von der Beobachtungswissenschaft zur Veränderungswissenschaft

Herkömmliche Forschung produziert Beobachtungs- und Erklärungswissen. Seit Jahrhunderten entdeckten Forscherinnen und Forscher die Welt in ihren Einzelheiten, wie zum Beispiel Linné, der die Lebewesen ordnete. Oder Darwin, der erklärte, warum die Welt sich wie ordnet. Für den Wandel hin zur Nachhaltigkeit ist hingegen mehr erforderlich: Gebraucht wird Zielwissen, das Auskunft über mögliche und wünschenswerte Entwicklungszustände gibt sowie Transformationswissen, ein kontext- und situationsabhängiges Wissen zur Gestaltung von konkreten Veränderungsprozessen. Dafür müssen Forschung und Zivilgesellschaft, also Forscher und zu Erforschende, eng zusammenarbeiten. Dabei kommt Akteuren aus der Gesellschaft eine neue Rolle zu. Sie sind nicht mehr Konsumenten von Forschungsergebnissen, sondern in die Problemstellung

und in den Wissenschaftsprozess selber einbezogen. Das schafft „sozial robustes Veränderungswissen“, das sowohl im Wissenschaftssystem als auch für die gestaltenden Bürgerinnen und Bürger anschlussfähig ist.

Die Zivilgesellschaft mischt sich ein

Aus einem Verbändeförderprojekt des Bundesumweltministeriums (BMU) zu Transparenz und Partizipation in Forschung hat sich 2012 die zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende gegründet. Sie wird von Verbänden wie der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) und dem Deutschen Naturschutzring (DNR) getragen und mischt sich als Anwältin der Bürgerinnen und Bürger in die Forschungspolitik ein. In Workshops und Tagungen haben die Mitglieder Positionen ausgehandelt, wie sich die Forschungspolitik künftig aufstellen sollte (*siehe Kasten*). Doch auch darüber hinaus kommt langsam Bewegung in die Gesellschaft:

Im Jahr 2011 forderten rund 100 Verbände in einem gemeinsamen Aufruf eine grundlegende Neuausrichtung der EU-Forschungspolitik. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) plädierte in seinem Jahresgutachten 2011 für einen Gesellschaftsvertrag für „eine große Transformation“, der mit einer Neuaufstellung der Wissenschaft einhergeht. Der BUND legte 2012 ein Positionspapier „Nachhaltige Wissenschaft“ vor, das viele Bereiche der aktuellen Diskussion zusammenfasst.

In ihrem Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung deutlich gemacht, dass die Wissenschafts- und Forschungspolitik durch mehr Partizipation gestärkt werden soll. Verbände, Gewerkschaften und Kirchen stehen mit der Plattform Forschungswende bereit für einen Dialog auf Augenhöhe.

Damit die zivilgesellschaftlichen Organisationen gewinnbringend für die Nachhaltigkeit in der Wissenschaft eintreten können, muss die Forschungspolitik zu einem wichtigen Arbeitsfeld der Verbände werden. Dazu soll ein organisierter Austausch zwischen Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft führen und statt Alarmisie-

Forderungen der Verbände

- ▶ Partizipation der Zivilgesellschaft in der Wissenschaft durch Beteiligung bei der Formulierung von Forschungsfragen und -programmen sowie in Gremien öffentlich finanzierter wissenschaftlicher Einrichtungen.
- ▶ Einrichtung eines Wissenschaftsforums und eines Forschungsfonds der Zivilgesellschaft und wissenschaftspolitisches Capacity Building.
- ▶ Entwicklung transparenter Agenda-Prozesse für die inhaltliche Schwerpunktsetzung öffentlicher Forschungsförderung.
- ▶ Forschungsprogramme und -aktivitäten für Zukunftsthemen und transdisziplinäre Forschung deutlich ausbauen.
- ▶ Zivilgesellschaft in Forschungsprojekte einbinden bei Problemformulierung, Integration von Praxiswissen und Umsetzung in Forschungsprojekte, und bürgernahe, partizipatorische Einrichtungen wie Wissenschaftsläden stärken und etablieren.
- ▶ Disziplinen übergreifende Strukturen nachhaltiger Wissenschaft an Hochschulen und bestehende außeruniversitäre Kompetenzzentren der transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung fördern.
- ▶ Freier Zugang zu Forschungsergebnissen.
- ▶ Grundlagen und Qualitätsstandards der transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung weiterentwickeln.
- ▶ Jährlich eine Milliarde Euro mehr für transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung bereitstellen.
- ▶ Ausreichende Ausstattung der Hochschulen für die freie Forschung und Lehre sicherstellen, insbesondere durch die Erhöhung der Grundmittelquote.

rung und Skandalisierung gemeinsame Lernstrategien ermöglichen. Fragen wie „Wurden die richtigen Probleme adressiert? Wie wurden sie gelöst? Ist der Aufwand angemessen?“, müssen partizipativ angegangen werden. Dies setzt vonseiten der Bürger Scientific Citizenship voraus, also die Bereitschaft sich in die Wissen-

schaft einzumischen. Das will die zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende mit den Verbänden erreichen.

Nachhaltiges Forschungsmenü

Der Anspruch einer Wissenschaft für Nachhaltigkeit zielt nicht auf die Stärkung bestimmter Inhalte im Wissenschaftssystem. Vielmehr brauchen wir ein neues Verständnis von Wissenschaft, eine Wissenschaft, die zu einem Treiber gesellschaftlichen Wandels in Forschung und Lehre wird. Dafür ist neben Spezialprojekten für mehr Nachhaltigkeit auch eine Diffusion der Nachhaltigkeitsidee in alle Bereiche und Disziplinen notwendig.

Es geht also nicht in erster Linie darum, Sonderprojekte für die Transformation der Gesellschaft zu entwickeln. Nachhaltigkeit im Wissenschaftssystem kann nur gelingen, wenn sie an bestehende Strukturen, Steuerungs- und Förderinstrumente anknüpft.

Die Freiheit von Forschung und Lehre muss dabei erhalten bleiben. Aber schon im Grundgesetz steht, dass sie sich an der Verfassung orientieren muss. In Artikel 20a heißt es: Der Staat schützt auch in Verantwortung zukünftiger Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen. Der Staat und seine Steuerzahler sollten das ernst nehmen. Es gilt nicht nur: Wer das Menü bestellt, muss es auch bezahlen. Sondern auch: Wer das Menü bezahlt, darf es auch auswählen. Gestalten wir also ein nachhaltiges Forschungsmenü. Guten Appetit.

Dr. Kai Niebert ist Professor an der Fakultät Nachhaltigkeit der Leuphana Universität Lüneburg sowie stellvertretender Bundesvorsitzender der Naturfreunde Deutschlands und Mitglied im Präsidium des Deutschen Naturschutzrings.



Kontakt:
Tel. +49 (0)4131 / 677 1968
E-Mail: niebert@leuphana.de,
www.forschungswende.de